

Schutz ist politisch – Für sichere Räume, klare Strukturen und echte Beteiligung von jungen Menschen

Junge Menschen werden in unserer Gesellschaft oft systematisch übergangen. Obwohl sie von den politischen Entscheidungen am längsten betroffen sind, haben sie am wenigsten Einfluss.

Wer unter 18 ist, wird in der Politik oft nicht ernst genommen, hat kaum Mitbestimmungsmöglichkeiten in Schule oder Ausbildung und erlebt, dass die eigene Perspektive in den öffentlichen Debatten höchstens als Randnotiz auftaucht.

Politik wird über ihre Köpfe hinweg gemacht, während ihre Zukunft verspielt wird. Diese Ausschlüsse sind kein Zufall, sondern Ausdruck einer Politik, die den Fokus nicht auf Beteiligung setzt und jungen Menschen Handlungsmacht noch zu oft verweigert.

Dabei ist die Beteiligung junger Menschen nicht nur eine Frage politischer Kultur, sondern ein verpflichtendes Recht. Die UN-Kinderrechtskonvention, insbesondere Artikel 3, 4 und 12, macht deutlich, dass Kinder und Jugendliche in allen sie betreffenden Angelegenheiten ernsthaft einbezogen werden müssen.

Die Kinderrechte gelten für alle Menschen unter 18 Jahren und bilden den verbindlichen Rahmen, wann immer es um Minderjährige geht.

Artikel 3 verpflichtet alle Akteure, bei Entscheidungen, die Kinder betreffen, das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen und Schutzstrukturen zu schaffen, die dieses Wohl sichern.

Artikel 4 legt fest, dass Akteure aktiv Maßnahmen ergreifen müssen, um die in der Konvention festgeschriebenen Rechte umfassend umzusetzen.

Artikel 12 garantiert Kindern und Jugendlichen das Recht, ihre Meinung frei zu äußern und sicherzustellen, dass diese Meinung angemessen berücksichtigt wird.

Eine demokratische Gesellschaft, die diesen Grundsatz ignoriert, verletzt nicht nur die Rechte junger Menschen, sondern schwächt ihre eigene Legitimität.

Gleichzeitig tragen Jugendliche die Folgen dieser Politik mit voller Wucht.

Die eskalierende Klimakrise bedroht Lebensgrundlagen, ein kaputtes Schulsystem raubt Kraft und Möglichkeiten, und die wachsende soziale Ungleichheit zerstört Perspektiven. Während rechte Kräfte gezielt Jugendliche ansprechen, um sie für Nationalismus und Hass zu gewinnen, antworten andere mit Ignoranz und Bevormundung. Wer jung ist, wird von vielen Politiker*innen entweder als „zu faul“ oder lediglich zukünftige Arbeitskraft angesehen. Genau hier setzen wir als GRÜNE JUGEND NRW an. Mit unserer U18-Strategie machen wir klar: Jugendliche sind keine Objekte, über die Politik gemacht wird, sondern handelnde Subjekte, die jetzt schon kämpfen – auf der Straße, in Schulen, in Jugendzentren und in unserer Partei. Wir wollen ihnen Räume geben, in denen sie nicht klein gemacht werden, sondern groß denken und laut werden können. Räume, die Schutz bieten – vor Diskriminierung und Abwertung. Räume, die Mut machen, in denen sie sich ausprobieren und gemeinsam lernen können.

Unsere Bildungsarbeit richtet sich konsequent auch an Menschen unter 18 Jahren.

Wir wollen keine „Vorbereitung auf später“ schaffen, sondern im Hier und Jetzt empowern. Politische Bildung muss ihre Lebensrealitäten aufgreifen und sie darin stärken, ihre eigenen Kämpfe zu formulieren. Dabei geht es nicht darum, Jugendlichen eine vorgefertigte Politik beizubringen – es geht darum, dass sie ihre eigene Stimme finden, sich vernetzen und gemeinsam stark werden.

Wir wollen unsere Strukturen so gestalten, dass Jugendliche in unserem Verband nicht nur „dabei“ sind, sondern mitentscheiden und gestalten. Zu oft werden junge Menschen als „noch nicht reif genug“ abgewertet. Dagegen wollen wir handeln, denn das schwächt uns als linke Bewegungen insgesamt. Denn wer die Zukunft verändern will, braucht die Stimmen der Jugend – nicht irgendwann, sondern jetzt.

Unsere U18-Strategie ist ein linkes und solidarisches Gegenangebot zu einer Gesellschaft, die junge Menschen klein hält. Sie ist ein klares Nein zu Bevormundung und Ignoranz – und ein Ja zu Schutzräumen, Beteiligung, politischer Bildung und echter Organisation. Wir wollen, dass die GRÜNE JUGEND NRW ein Zuhause für Jugendliche ist: ein Ort, an dem sie Gemeinschaft erfahren, politische Kraft entwickeln und spüren, dass ihre Stimmen Gewicht haben.

Unsere Veranstaltungen müssen so gestaltet werden, dass sich junge Menschen sicher und respektiert fühlen. Dazu gehört auch ein verantwortungsvoller Umgang mit Alkohol.

Wir fordern klare Regelungen für den Umgang mit Alkohol auf allen Verbandsebenen. Diese sollen festlegen, wann, wo und in welchem Umfang Alkoholkonsum zulässig ist, insbesondere bei Veranstaltungen mit Minderjährigen.

Der Fokus liegt auf Prävention und Schutz – orientiert an den Bestimmungen des Jugendschutzgesetzes.

Wir fordern, dass auf Veranstaltungen mit Minderjährigen der Alkoholkonsum nur in klar regeltem, beaufsichtigtem Rahmen stattfinden darf.

Harte alkoholische Getränke haben auf allen Veranstaltungen keinen Platz. Verstöße gegen diese Regelungen müssen konsequent aufgearbeitet werden.

Der LaVo wird beauftragt ein umfassendes Schutzkonzept gemeinsam mit externen Fachstellen und Expert*innen zu erarbeiten.

Dieses Konzept soll verbindliche Standards enthalten, um: Übergriffe, Diskriminierung und Machtmissbrauch zu verhindern, Betroffene zu schützen und Aufarbeitung zu gewährleisten.

Gerade in Räumen mit großen Altersunterschieden oder unklaren Machtverhältnissen fordern wir strukturelle Prävention. Wir erkennen an, dass solche Räume für Minderjährige mit besonderen Herausforderungen verbunden sind.

Es braucht daher Schulungen für Verantwortungsträger*innen. Diese Schulungen sollen vom Landesvorstand organisiert und 2-mal jährlich stattfinden.

Verantwortungsträger*innen sind dringend dazu angehalten, daran teilzunehmen. Verweigert ein Kreisvorstand die Teilnahme, wird der Landesvorstand einschreiten, das Gespräch suchen und behält sich entsprechende Konsequenzen vor.

Unser Ziel ist es, sichere Räume zu schaffen, in denen Minderjährige nicht unter Druck geraten, Alkohol zu konsumieren, und ihre Grenzen selbstverständlich respektiert werden.

Dabei tragen insbesondere volljährige Teilnehmende eine besondere Verantwortung.

Sie sollen mit gutem Beispiel vorangehen und werden im Fall von Regelverstößen im Rahmen von Alkoholkonsum in die Verantwortung genommen. Harte alkoholische Getränke haben auf unseren Veranstaltungen grundsätzlich keinen Platz. Es sollen Räume geschaffen werden, in denen Alkoholkonsum nicht im Mittelpunkt steht.

Konkret bedeutet das für uns:

- Wir wollen eigene U18-Treffen und Austauschformate schaffen, in denen Jugendliche untereinander diskutieren und Forderungen entwickeln können, die dann in den Gesamtverband getragen werden.
- Wir wollen jugendgerechte Beteiligung in allen Ebenen sicherstellen: Jugendliche sollen gefördert werden stärker in unseren Kreisverbänden und auf Landesebene präsent zu sein und mitarbeiten können – und wir passen unsere Strukturen so an, dass ihre Beteiligung nicht an Formalitäten oder Hürden scheitert.
- Wir wollen Strukturen aufbauen, damit junge Menschen nicht nur teilnehmen, sondern sich sicher fühlen und Orientierung bekommen, wenn sie neu in der GRÜNEN JUGEND NRW aktiv werden.
- Wir wollen eigene Räume für U18-Themen eröffnen – sei es in der Bildungsarbeit, in der politischen Strategie oder in unseren Kampagnen – damit ihre Anliegen sichtbar bleiben und nicht in allgemeinen Debatten untergehen.

Wir fordern, dass landesweit Leitlinien für sichere Orte und Veranstaltungen entwickelt werden, die klare Standards für Zeitrahmen, Orte, Themen und Altersmischungen festlegen.

Diese Leitlinien sollen Orientierung bieten für Kreisverbände, Landesverband und Veranstaltende, wie sie Angebote so gestalten, dass Minderjährige sich sicher fühlen und gleichberechtigt teilnehmen können.

Dazu gehören u. a. Empfehlungen zu Veranstaltungszeiten, Betreuungskonzepten, Sprache, Umgangsformen und Machtstrukturen.

Wir fordern, dass zusätzlich Workshops und Fortbildungen zu diesen Themen angeboten werden – sowohl für Aktive unter 18 als auch für Verantwortliche, die Veranstaltungen leiten oder organisieren.

Und: Unsere Strategie endet nicht an den Grenzen unseres Verbandes.

Wir wissen, dass echte Veränderung nur gelingt, wenn sich auch die Partei bewegt. Deshalb werden wir als GRÜNE JUGEND NRW unseren Fokus und unsere Schlagkraft auch darauflegen, wie wir unsere Mutterpartei für unter 18-Jährige weiter öffnen.

Denn wir wissen: Viele junge Menschen fühlen sich von der aktuellen Politik entfremdet. Sie erleben, dass ihre Interessen ignoriert werden, dass ihre Hoffnungen kleingeredet und ihre Wut belächelt wird.

Unsere Antwort darauf ist: Wir hören euch, wir sehen euch, wir kämpfen mit euch.

Ihr seid nicht nur die Zukunft, ihr seid die Gegenwart – und diese Gesellschaft verändert sich nicht ohne euch.

Wir nehmen eure Rechte ernst – nicht als Geste, sondern als politische Verpflichtung. Unsere U18-Strategie orientiert sich an den Grundsätzen der UN-Kinderrechtskonvention und übersetzt sie in konkrete Strukturen, Schutzmechanismen und Beteiligungsrechte innerhalb unseres Verbandes.